

Jörn Wegner, Die Kriegs- und die Kolonialfrage in der britischen und deutschen Arbeiterbewegung im Vergleich 1899–1914, Metropol Verlag, Berlin 2014, 383 S., kart., 24,00 €.

Jörn Wegners Dissertation an der Universität Potsdam, betreut von Mario Keßler, kombiniert zwei Fragestellungen, die zum Kolonialismus und jene zum Kriege. Es ist ein in der Forschung so von Dieter Groh und Hans Christoph Schröder und von der britischen Labour-Forschung behandeltes Thema. Auch der Rezensent hat sich mit seinem „Bebel und die Strategie der Kriegsverhütung“ (1975, erweitert 2014) damit befasst. So stellt sich die Frage nach den Besonderheiten dieses Buchs. Zunächst: Es behandelt in einer Mischung aus Überblick und Detailstudien das gesamte Themenfeld, sodass ein wenn auch mitunter verwirrendes Gesamtbild entsteht. In seinen Vorüberlegungen von 58 Seiten diskutiert der Verfasser die Historiografie vor allem der DDR-Geschichtsschreibung im Vergleich zu der der Bundesrepublik und der britischen Historiografie in nüchterner Distanz. Er analysiert die Begrenzungen des leninistischen Interpretationsansatzes und nimmt Stellung zu den Hauptkontroversen zum Ersten Weltkrieg und betont die historiografische Wende von Fritz Fischer mit seinem „Griff nach der Weltmacht“ und die entsprechenden wichtigen Arbeiten von Horst Klein, Willibald Gutsche, Dieter Fricke und anderen. Das ist hilfreich und überfällig.

Im Hauptteil werden, dem chronologischen Verlauf folgend, als Fallstudien der Burenkrieg und die Khaki-Wahlen in England sowie der Herero-Aufstand in der deutschen Kolonie Südwestafrika und die „Hottentotten-Wahlen“ zum Reichstag 1906 behandelt, dann die Erste Marokkokrise 1905 und die zweite 1911. Es folgen die Betrachtungen zu den Balkankriegen und zur Julikrise 1914. Innerhalb dieser Abschnitte werden viele Aspekte behandelt, oft auch in Kürze die Politik der Großmächte skizziert. Grundlage dafür ist häufig das in der neueren Debatte um den Ersten Weltkrieg übersehene wichtige Buch von Konrad Canis „Der Weg in den Abgrund“ aus dem Jahr 2011.

Ich stimme den meisten generellen Aussagen zu, sodass grundsätzlich die Haltung der Sozialdemokratie im Vergleich zur eher pazifistisch geprägten Labour Party antimilitaristisch ausgerichtet war, oder dass es Parallelen in der langsamen Annäherung von Sozialdemokratie und Labour zu Fragen der Kolonialreform gab– ohne Aufgabe der grundsätzlichen Ablehnung von Kolonialpolitik. Wegner argumentiert, dass patriotische Strömungen in beiden Parteien in der Frage der Defensive in einem europäischen Krieg weit vor 1914 vorhanden waren.

Dennoch erscheint mir die Methode mit der diese bislang ja nicht unbekanntenen Entwicklungen behandelt werden als problematisch. Der Hauptgrund liegt in der unsystematischen und auch erratischen Nutzung der Quellen. Dabei ist positiv hervorzuheben, dass viele vernachlässigte Zeitzeugen-Äußerungen einen Reichtum des Buchs darstellen. Aber ihre Verknüpfung mit den Hauptströmungen der Debatten in beiden Parteien lässt zu wünschen übrig. Grund dafür ist, dass der Autor implizit die Frage nach der Haltung und den Stimmungen der einfachen Mitglieder im Vergleich zu den führenden Theoretikern und dem Funktionärskörper der Parteien immer wieder zu erfassen sucht und er dieses dornige Thema angesichts der von ihm beschriebenen widersprüchlichen Forschungslage mit Einzelstimmen und generellen Überlegungen abzusichern versucht.

Dies sei an Beispielen erörtert: In der Behandlung des Verhältnisses beider Parteien zur Militärfrage wird zutreffend festgestellt, dass in der Sozialdemokratie überwiegend antimilitaristische Positionen überwogen, auch wenn Partei-Reformist Eduard Bernstein durch seine Kontakte nach England die Verbindung zum Pazifismus herstellte und damit den pazifistischen Positionen der britischen Labour Party nahestand. Er teilte dies mit linksliberalen Strömungen, die davon ausgingen, dass in dem weltweit verflochtenen Handels- und Finanzimperialismus Krieg im Widerspruch zur kapitalistischen Weltentwicklung stände.

Für Wegner ist die Bindung beider Parteien auch an liberale Positionen und Koalitionsmöglichkeiten trotz Marxismus-Rezeption ein grundlegender Widerspruch. Er konstatiert dies ohne zum Beispiel die

Position August Bebels zu reflektieren, dass nur in einer Allianz mit Teilen des liberalen Bürgertums ein friedlicher Systemwechsel denkbar sei – außer nach dem Zusammenbruch des Systems im „Kladderadatsch“. Die Vernachlässigung des reichen Materials zu Bebels Positionen ist auffällig. Wegner sieht zwar viele Ambivalenzen innerhalb der Bewegungen und ihrer Strömungen, geht ihnen aber eher essayistisch und nicht systematisch nach.

Das prägt sich auch in der Betrachtung der Militärfrage aus. Einerseits konstatiert er zu Recht, dass der Drill, Misshandlungen und insbesondere Diskriminierung von Sozialdemokraten in der preußisch-deutschen Armee diese Rekruten eher enger an das sozialdemokratische Milieu banden oder gar hinführten, und dennoch deutet er den Umstand, dass Sozialdemokraten als Facharbeiter in der Armee besonders zuverlässige Soldaten waren, als Weg zur Annäherung einer Bereitschaft zur Teilnahme am Krieg, wie sie in der Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 zum Ausdruck kam. Das bleibt oberflächlich, weil so August Bebel als in diesen Fragen einflussreicher Parteiführer stets davon ausging, dass sie Sozialdemokraten und ihre Sympathisanten im Kriegsfall millionenfach würden einziehen lassen, und der deswegen auch in Abgrenzung zur linken Opposition in der Partei und zu der von den westeuropäischen Parteien geprägten Internationale den Massenstreik im Kriegsfall für undurchführbar hielt. Auch lässt sich die Formel „Diesem System keinen Groschen“ nicht als Ablehnung der Vaterlandsverteidigung deuten. Ziel war ein parlamentarisch kontrolliertes Milizsystem statt der kaiserlichen vom Adel geführten Armee, die auch im Inneren gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften einsetzbar war. Deshalb gab es auch vor 1914 immer wieder Erklärungen zur Vaterlandsverteidigung. Auch dies wird vom Autor als Erbe der liberalen Tendenzen ausgeklammert. Im Grunde bestätigt Wegner die neuere Forschung, dass die Antikriegsdemonstrationen 1914 beachtlich gewesen sind und dass das sogenannte Augusterlebnis übertrieben wurde, aber er kann dies mit seiner Vorstellung der Integration ins Militärwesen nicht lösen.

Letztlich fehlt, statt nur summarischer Behandlung der großen Parteitagsdebatten und der Erklärungen im Reichstag, eine genaue Analyse der dort vorgetragenen Argumente – und damit auch die Kennzeichnung der Positionen als entweder der Gegenwart und Koalitionsmöglichkeiten taktisch verbunden oder jenen mit systemüberwindenden Perspektiven.

Hierzu gehört auch – im wesentlichen Gegensatz zur demokratischen Lage in Großbritannien und seiner kleinen Labour-Bewegung –, dass die Führung der Sozialdemokratie angesichts des Patts der innenpolitischen Situation seit 1903 Krieg- und Kriegsausbruch vor allem im Fall des Ausrufens eines Massenstreiks zur Militärdiktatur in Deutschland führen könnte und einen Generalangriff auf die Organisationen der Arbeiterbewegung weit über den Umfang des ‚Sozialistengesetzes‘ bis 1890 hinaus nach sich ziehen würde. Wie zutreffend diese Grundannahme war, ist immer noch ein Forschungsdesiderat, nach dem die Kriegsursachen-Literatur der letzten Jahre die innenpolitische Dimension krass vernachlässigt hat. Man wird übrigens der Prognose, dass im Fall einer Systemkrise nach einem verlorenen Krieg die Macht der Sozialdemokratie zufallen würde, ernster nehmen müssen, wenn auch 1918/19 die Möglichkeiten nur sehr unvollkommen genutzt wurden.

Die Behandlung der Kolonialfrage bleibt ebenfalls ungenau, auch weil sie ein Ausmaß von Kohärenz und antikapitalistischer Systemtreue nachträglich verlangt, die in beiden Parteien trotz grundsätzlicher Ablehnung einer expansiven Kolonialpolitik nicht vorhanden war. Zwei Aspekte seien hervorgehoben: Beide Parteien können die Sympathien gegenüber den Buren nicht verbergen, obwohl diese Afrikaner oft in sklavenähnlichen Zuständen hielten. Dennoch genossen die europäischen Arbeiter und Abenteuer durchaus eine gewisse Sympathie. Das wird gut herausgearbeitet, und damit werden auch die Widersprüche betont, die in der Unterstützung weißer „zivilisierter Arbeit“ gegenüber den Afrikanern und Chinesen an den Tag gelegt wurden. Die antiimperialistische Position des linksliberalen John A. Hobson in diesen Fragen wird, weil „liberal“, ausgeblendet, obwohl er in beiden Bewegungen rezipiert wurde. An vielen Stellen erwähnt Wegner den Zivilisierungsanspruch beider Bewegungen, so auch in der Balkanfrage gegenüber den dortigen Bevölkerungen, übersieht aber, so zutreffend diese Charakterisierung ist, dass in beiden Parteien stets auch Aufstandsbewegungen zur Verteidigung von Autonomie und Unabhängigkeit begrüßt wurden. Mit Bezug auf die Labour-Bewegung muss konstatiert werden, dass die die Arbeiterbewegung begleitende Gruppe der Fabian Society mit ihren Positionen gerade auch in der Empire-Frage und den Wegen zu Reformen völlig vernachlässigt wird, sicherlich geschuldet der letztlich vergeblichen Suche nach Positionen der Basis.

Auch in der Behandlung der Kolonialfrage aus Anlass des Herero-Kriegs sind Ungenauigkeiten prägend. Es bleiben zwei wesentliche Aspekte unbehandelt, die Stimmhaltung der SPD bei der Entsendung von Truppen, nachdem über 100 deutsche Siedler getötet waren, und die Revision dieser Entscheidung, nachdem klar wurde, dass Kreditwesen und willkürliche Justiz der Kolonialbehörden sowie drohende Landenteignungen den Widerstand der Herero herausgefordert hatten. In dieser Phase der Anfänge der Kolonialreform in Deutschland, eingeleitet von Matthias Erzberger (Zentrum) und den Linksliberalen, entstanden Reformkoalitionen, die der Weimarer Koalition vorgriffen, nämlich in der gemeinsamen Position, die Totalenteignung der Herero und gar ihre Vernichtung abzuwenden, wenn dies auch vergeblich war. Gustav Noske (SPD) war unter dem Schock des Verlusts einer Hälfte der Mandate bei der Wahl 1906 und der Hinwendung zum Nationalismus immer noch ein von Wegner überschätzter Außenseiter.

Wegner versucht die Annäherung in beiden Bewegungen zur Duldung von Kolonialherrschaft dadurch zu konstruieren, dass die Arbeiter Kolonialwaren konsumierten und am Export der Industriewaren im System des Freihandels interessiert waren. Seit dem Buch „Sugar and Power“ von Sidney Mintz ist die Konsumfrage ein wichtiges Thema – aber mit Wurzeln, die weit vor der Entstehung der Arbeiterbewegung gründen. Tee wurde zum „Fast Food“ wie auch Zucker und Tabak, nachdem dieser Konsum von den Oberschichten in die Welt der Werktätigen eingedrungen war. Dieser Konsum war mit beiden Amerikas und auch mit Indien verbunden, aber noch nicht mit der aktuellen Kolonialfrage, da etwa Kakao erst nach 1890 in kleinen Mengen in Ghana angebaut wurde. Auch die lateinamerikanische Kartoffel wurde nicht als Kolonialware registriert, weil sie in Europa inzwischen angebaut wurde. So interessant die Konsumfrage ist, sie lässt sich nicht für die Schwäche der Kolonialkritik instrumentalisieren. Eine völlig ausgeblendete Frage ist, wie weit Labour und die sie tragenden Gewerkschaften mit der Diskriminierung der indischen Baumwolltuchproduktion umgegangen sind.

Sowohl die britische als auch die deutsche Arbeiterbewegung waren freihändlerisch gesinnt und an Export und Importbeziehungen mit der Welt interessiert. Die SPD-Fraktion hat ähnlich, wie stets Bebel, Deutschland als Exportland bezeichnet und im Gegensatz zu Flotten- und Weltmachtspolitik die gemeinsamen Interessen, im Rahmen des britischen Weltreichs Handel zu betreiben, als ein Bedingung des Friedens in Europa betrachtet und dementsprechend auch in vertraulichem Kontakt mit der britischen liberalen Regierung, wenn auch vergeblich, agiert. Auch Bernsteins Positionen bewegten sich in diesem Feld. Diese Akzeptanz des Weltsystems und der europäischen Hegemonie ist letztlich beiden Bewegungen eigen – allerdings mit Reformbereitschaft im Wandel der Zeiten.

Wegner schwankt in diesem Themenfeld zwischen Vernachlässigung der intellektuellen Strömungen und den Parteimehrheiten zugunsten der Suche nach Basis-Stimmungen. Für den deutschen Fall fehlt das Bedrohungsszenario, das auch Ziel des Präventivkriegs beim Militär war. Es war Reichskanzler Bethmann Hollweg, der durch die erfolgreiche Zuweisung der Kriegsschuld an Russland den Sozialdemokraten die Zustimmung in Geheimverhandlungen erleichterte. Für die Labour-Bewegung stellte sich, wie auch für die französischen Sozialisten, die Kriegsfrage anders, weil der deutsche Angriff auf Frankreich und die Verletzung der belgischen Neutralität eine eindeutige Schuldzuweisung möglich machten und die Linken in den Parteien an die Wand drückten.

Insgesamt ist es ein reiches, aber in vielen Details auch ungenaues Buch, das die Tendenzen in der Regel richtig charakterisiert, aber wichtige Akteursgruppen und ihre Quellen unterbelichtet und mit dem Urteil, so über die deutsche Partei, dass sie programmatisch irrlichterte, im Grunde eine normative Position ‚richtiger‘ Politik durchscheinen lässt, die nach Wegners Sicht zwischen Massenstimmungen und Abhängigkeiten vom ‚Zeitgeist‘ zerrieben wurde.

Helmut Bley, Hannover

Zitierempfehlung:

Helmut Bley: Rezension von: Jörn Wegner, Die Kriegs- und die Kolonialfrage in der britischen und deutschen Arbeiterbewegung im Vergleich 1899–1914, Metropol Verlag, Berlin 2014, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 56, 2016, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81700>> [31.3.2016].